

# Alle müssen sparen



Die Sparmassnahmen sollen sozialverträglich ausgestaltet und auf viele Schultern verteilt werden: Regierungsrätin Aurelia Frick (li.) berichtete über die Reduktionsziele im Bereich der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE), Regierungsrat Hugo Quaderer über die Sparanstrengungen im Bereich des Personalaufwands im Bildungsbereich und Regierungsrätin Renate Müssner über die Sparvorhaben im Gesundheitswesen und Sozialbereich. Bilder Daniel Schwendener

**Die Koalitionsregierung demonstrierte an der gestrigen Medienkonferenz beim Thema Haushaltsanerkennung Einigkeit: Kein Ressort kann sich den Sparbemühungen entziehen, auch wenn dies aus Ressortsicht schmerzlich ist.**

Von Günther Fritz

Eine besonders schwere Last hat Regierungsrätin Renate Müssner zu tragen, da Gesundheit und Soziales zu den wachstumsintensivsten Bereichen bei den Beitragsleistungen gehören. Die Analyse der Regierung hat ergeben, dass eine Reduktion der Beitragsleistungen um 80 Mio. Franken nur dann erreicht werden kann, wenn die sehr grossen Ausgabenposten einen relevanten Beitrag dazu leisten.

### 23 Mio. im KVG-Bereich

Ziel der Regierung ist es, im Krankenversicherungsbereich und bei der Prämienverbilligung bis zum Jahr 2015 23 Mio. Franken einzusparen. Wie Gesundheitsministerin Renate Müssner erläutert, entrichtet der Staat in diesem Bereich laut Budget 2010 Beiträge in Höhe von insgesamt 71,8 Mio. Franken. Aufgrund der Grössenordnung der beschlossenen Zielsetzung für den KVG-Bereich werde es aber unumgänglich sein, dass der Staatsbeitrag an die Krankenkassen relevant und nachhaltig reduziert wird. Wenn der Landtag Ende Juni über den Staatsbeitrag an die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) für das Jahr 2011 befinden wird, sieht er sich mit dem Vorschlag der Regierung konfrontiert, den für das Jahr 2010 genehmigten Beitrag von 57 Mio. Franken um 3 Mio. auf 54 Mio. Franken zu reduzieren. Die sukzessive Reduktion des direkten Staatsbeitrags sollte in den nächsten Jahren fortgesetzt werden.

«Diese Massnahme muss allerdings mit einer Anpassung des Prämienverbilligungssystems einhergehen», betonte Regierungsrätin Renate Müssner. Einerseits sollen die durch eine Senkung der Transferleistung verbundenen Krankenkassenprämien erhöhungen sozialverträglich abgedeckt werden, andererseits sollen die heutigen bekannten Schwächen des Verbilligungssystems beseitigt werden.

### 15 Mio. beim AHV-Beitrag

Gemäss Vorschlag 2010 leistet das Land derzeit einen Beitrag von 50,9 Mio. Franken an die Finanzierung der von der Liechtensteinischen AHV ausgerichteten Leistungen. Dieser setzt sich aus einem Anteil von 20 Prozent der jährlichen Ausgaben einerseits und einem 2/3-Anteil an den Einnahmen des Landes aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) zusammen. Mit der Einführung der LSVA wurde gleichzeitig die Möglichkeit der Frühpensionierung in der Ersten Säule attraktiver gestaltet, indem die Kürzungssätze

für den Rentenvorbezug ab 60 subventioniert werden. Dabei wurde der Staatsbeitrag von 18 auf 20 Prozent der Ausgaben angehoben. Wie Sozialministerin Renate Müssner anlässlich des gestrigen Mediengesprächs ausführte, hat sich die Regierung bei der AHV ein Reduktionsziel von 15 Mio. Franken vorgenommen.

### 13. AHV-Rente bleibt unberührt

Um das Reduktionsziel zu erreichen, hat die Regierung nach Auskunft von Renate Müssner entschieden, für das weitere Vorgehen von einem AHV-Staatsbeitrag als absoluter Grösse auszugehen und diesen damit von der Rentenentwicklung zu entkoppeln. Zudem sollen die Subventionen für Frühpensionierungen, allenfalls auch mit Übergangsfristen, angepasst werden, denn die derzeitigen grosszügigen Kürzungssätze liegen fernab von versicherungsmathematischen Grundsätzen. Ganz bewusst schlägt die Regierung nicht vor, kurzfristig die Rentenleistungen – z. B. durch eine schrittweise Abschaffung des Weihnachtsgeldes – oder die Einnahmenseite – z. B. durch eine Erhöhung der Beitragsleistungen – anzupassen. Solche Massnahmen müssten im Zuge einer sehr

verband (LANV) erfolgreich das Referendum ergriffen. In der Volksabstimmung vom April 2004 verweigerte denn auch eine Mehrheit von 66 Prozent der Abstimmenden dem Landtag die Gefolgschaft und die gesetzliche Subventionsregelung blieb in der Folge bis heute unverändert in Kraft.

### Weniger IHZE-Leistungen

Auch Aussenministerin Aurelia Frick muss in ihrem Ressort einen Beitrag zur nachhaltigen Sanierung des Staatshaushaltes beitragen. So sollen die für die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) zur Verfügung gestellten Mittel um insgesamt 8,2 Mio. Franken, das entspricht fast einem Drittel des aktuellen Budgets, gekürzt werden. Das bedeutet eine Reduktion von aktuell 27,5 Mio. auf 19,3 Mio. Franken im Jahr 2015.

Wie Regierungsrätin Aurelia Frick vor den Medien ausführte, erfolgt diese Einsparung gemäss dem für die Aufteilung der IHZE-Budgetmittel festgelegten Schlüssel. Demnach erhalten der LED 65 Prozent und die übrigen Kategorien 35 Prozent. Der LED hat mit rund 5 Mio. Franken den Hauptteil der Budgetkürzung zu tragen.

## Sparmassnahmen

Laufende und investive Beiträge

Hauptposition	Reduktionsziel	Zeitplan
KVG (Krankenversicherungsbereich)		
inkl. Prämienverbilligung	CHF 23.0 Mio.	bis 2015
AHV-Staatsbeitrag	CHF 15.0 Mio.	ab 2012
NBU-Staatsbeitrag	CHF 12.5 Mio.	ab 2012
IHZ (Internationale Humanitäre Zusammenarbeit)	CHF 8.2 Mio.	bis 2015
übrige Bereiche	CHF 21.3 Mio.	laufend
<b>Total</b>	<b>CHF 80.0 Mio.</b>	

Vaterland

**Die Regierung hat konkrete Reduktionsziele für vier der grössten Ausgabenbereiche beschlossen:** Diese sollen mit Priorität angegangen werden, sofern der Landtag die vorgeschlagenen Stossrichtungen gutheisst.

Grafik Ralph Vogt

langfristigen Betrachtung bewertet werden.

### NBU-Staatsbeitrag abschaffen

Die Prämien für die obligatorische Versicherung der Nichtberufsunfälle (NBU) fallen nach geltendem Recht zu zwei Dritteln zu Lasten des Versicherten und werden zu einem Drittel vom Land subventioniert. Im Budget 2010 beläuft sich der Landesbeitrag an die Prämien der NBU auf 12,5 Mio. Franken. Wie Sozialministerin Renate Müssner erklärte, schlägt die Regierung dem Landtag vor, er wolle die Regierung beauftragen, eine Gesetzesvorlage zur Abschaffung der NBU-Subvention mit Wirkung ab 2012 vorzulegen.

Der Landtag hatte schon einmal die Abschaffung der NBU-Subvention beschlossen, und zwar im November 2003. Gegen diesen Beschluss hatte der Liechtensteinische Arbeitnehmer-

### Bildungswesen auch betroffen

Das Teilprojekt zum Personalaufwand strebt ein Reduktionsziel von 15 Mio. Franken an, wovon die Hälfte im Personalaufwand des Bildungswesens einzusparen ist. Wie Bildungsminister Hugo Quaderer erläuterte, sollen die Leistungen der Lehrerschaft sowie der übrigen Angestellten des Bildungswesens mit den Leistungen des Personals von bestimmten Schweizer Kantonen verglichen werden. Dieser Ansatz ist nach Auskunft von Regierungsrat Hugo Quaderer aufgrund des Aspekts gewählt worden, dass die vor einiger Zeit beschlossene Lehrerbeförderung reform sich wohl an den Lehrgehältern verschiedener Vergleichskantone in der Schweiz orientierte, dabei jedoch die Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen wie z. B. Entlastungsstunden, Anzahl Pflichtlektionen, Klassengrössen usw. nicht in die Bewertung mit einbezogen wurden.